

1. Werden Sie darauf hinwirken, dass jenawohnen auf Mieterhöhungen bei Bestandsmietern für die Dauer von 5 Jahren verzichtet?

Ja. Auch für Wohnungsunternehmen muss ein Inflationsausgleich möglich sein. In den letzten Jahren sind die Mieten aber weit schneller gestiegen als die Inflationsrate. Mieter berichteten von 10, 15 und sogar 19 % Mieterhöhung nach Veröffentlichung des neuen Mietspiegels. Jenaer Mieten sind auch deutlich höher als in Erfurt, Weimar oder Gera, obwohl die Kosten für die Erhaltung die gleichen sind. Da ist auf jeden Fall Luft für eine Atempause für die Mieter.

Noch wichtiger ist mir aber, dass bei einem Umzug in eine kleinere Wohnung im Bestand die Miete pro Quadratmeter nicht erhöht wird. Wenn eine kleine Wohnung nach dem Umzug teurer ist als eine große, dann ist es kein Wunder, wenn Wohnungen für Familien fehlen. Ich habe bereits 2015 einen entsprechenden Antrag im Stadtrat gestellt. Der wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt – unter begeistertem Beifall der SPD.

2. Werden Sie darauf hinwirken, dass die Stadt Jena wieder zu 100 Prozent Eigentümer von jenawohnen wird?

Ja. Aus diesem Grund hatte ich im Stadtrat bereits eine Beschlussvorlage zum Thema eingereicht. Damit sollten die langfristigen finanziellen Auswirkungen der Rekommunalisierung abgeschätzt werden. Die wurde leider auch abgelehnt. Die Mehrheit im Stadtrat möchte das gar nicht so genau wissen. Der private Gesellschafter ist mit der Rendite seines 20-Prozent-Anteils offenbar hochzufrieden – die von den Mietern bezahlt wird. Mit der Rekommunalisierung könnte der Ertrag für die Stadt konstant gehalten und gleichzeitig der Mietanstieg gebremst werden. Was heute der private Miteigentümer als Rendite aus dem Unternehmen zieht, könnte man den Mietern überlassen. Jenawohnen sollte ein Instrument für aktive Mietpreispolitik der Stadt sein.

3. Werden Sie bei der Landesregierung die Herabsetzung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nach §558 ff. BGB von 20 Prozent auf 15 Prozent beantragen ohne daran weitere Bedingungen zu knüpfen?

Ja. Die Mietpreisbremse hat sich nicht nur in Jena, sondern bundesweit als weitgehend unwirksam erwiesen. Man kann einen ständigen und teilweise erheblichen Anstieg der Bestandsmieten beobachten. Gerade jenawohnen erhöht genau so weit wie rechtlich noch zulässig. Es ist höchste Zeit, dass die Absenkung der Kappungsgrenze beantragt wird.

4. Werden Sie veranlassen, dass die Kosten der Unterkunft bei Sozialleistungsempfängern mindestens in Höhe des zulässigen Betrages nach der Wohngeldtabelle anerkannt werden?

Als Nichtjuristin kann ich diese Frage nicht ohne Weiteres beantworten. Für mich scheint die Gesetzeslage so zu sein, dass die Stadt verpflichtet ist, ein schlüssiges Konzept für die Kosten der Unterkunft aufzustellen und nur hilfsweise die Wohngeldtabelle herangezogen werden darf. Am gegen-

wärtigen Konzept gibt es erhebliche Zweifel, die in der Diskussion in den Stadtratsausschüssen nicht aufgeklärt werden konnten. Ich würde eine Überprüfung beauftragen.

5. Für wie viele Wohnungen beabsichtigen Sie in der kommenden Amtszeit Baurecht zu schaffen? Wie viel Prozent werden hiervon Sozialwohnungen sein? Wo genau soll nach Ihrer Vorstellung dieses Bauland ausgewiesen werden?

Ehe man über Zahlen redet, muss man über Flächen sprechen. Die Nachverdichtung ist mehr oder weniger am Ende, wenn man nicht jeden grünen Fleck der Stadt betonieren will. Die Politik der Baulandverknappung in den letzten Jahren hat zu einem rasanten Anstieg der Bodenpreise geführt. Eigentlich können in der Stadt nur noch die wirklich Reichen und Spekulanten bauen. Das heißt, man muss ernsthaft über Wohnungsbau im Außenbereich nachdenken. Im Stadtrat heißt es immer, das Land lasse nur Innenentwicklung zu. Darüber möchte ich zuallererst verhandeln.

Jena wird nicht weiter wachsen, wenn die gegenwärtige Politik fortgesetzt wird. Einerseits wird das Wohnumfeld immer unattraktiver, weil grundsätzlich so dicht wie möglich geplant wird. Andererseits steigen trotz Maximalverdichtung die Mieten. Wenn man sich die Stadt nicht mehr leisten kann, gehen die Leute weg. In der Jenaer Industrie gibt es bereits einen realen Fachkräftemangel – die Wohnungspolitik der Stadt verschärft das noch. Wenn man umsteuert, halte ich 125.000 Einwohner für realistisch. Das setzt ein komplett neues Wohngebiet voraus.

Mein Ziel ist, dass grundsätzlich ein Anteil von 20 Prozent Sozialwohnungen realisiert wird. Falsch ist auf jeden Fall, nur noch teure Wohnungen bauen zu lassen und alle Armen der Stadt in die Plattenbaugebiete abzuschieben. Damit provoziert man soziale Probleme, die man anschließend mit teuren Präventions- und Aufwertungsprogrammen bekämpfen muss.

6. Werden Sie die Grundstücke auf dem Eichplatz an den meistbietenden Bauinteressenten verkaufen oder auf dem Wege des Erbbaurechts vergeben?

Ich habe mich bei der Ausschreibung des Baufelds A vehement für Erbbaurecht eingesetzt und einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Auch dieser wurde von Koalition und FDP abgelehnt. Nach diesem Stadtratsbeschluss ist eine Vergabe nach Erbbaurecht nur noch möglich, wenn sich kein Interessent findet, der einen akzeptablen Entwurf vorlegt. Der Oberbürgermeister kann sich nicht über einen Stadtratsbeschluss hinwegsetzen. Immerhin wurde der Kaufpreis mit nur 30 Prozent gewichtet. Architektur und Nutzungskonzept haben zusammen einen höheren Wert. Dafür haben vor allem die Bürgerinitiativen, aber auch einige der „zufälligen“ Bürger in der Werkstattgruppe zur Eichplatzplanung gesorgt.

Bei Baufeld B werde ich mich auf jeden Fall gegen den Verkauf einsetzen. Ich halte die Privatisierung städtischer Flächen für einen grundsätzlichen Fehler.

7. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Verbesserungen im Personennahverkehr oder Bäderbereich nicht durch Mieterhöhungen bei Jenawohnen gegenfinanziert werden? Planen Sie Vergünstigungen für Mieter von Jenawohnen für den Bäderbereich oder beim Nahverkehr?

Ich halte das für keine so gute Idee. Wer nicht schwimmen geht und lieber Rad fährt als Bus oder Bahn, hätte nichts davon. Außerdem wäre es ein ziemlicher bürokratischer Aufwand. Wenn man mit der Wohnung gleichzeitig ein Nahverkehrsticket vermietet, dann stellt sich die Frage, warum man nicht gleich die Miete billiger macht.

Die Einnahmen der Stadt sind im Bundesvergleich recht durchschnittlich. Nur im Vergleich mit den direkten Nachbarn kann der Eindruck entstehen, Jena sei reich. Das Problem sind die Ausgaben, weil die derzeitige Stadtspitze gern überall und gleichzeitig glänzen und Vorreiter sein möchte. Dabei vergleicht man sich mit Städten, die wesentlich größer sind und viel mehr Steuern einnehmen. Das kann nicht funktionieren. Wenn die Mieter nicht weiter die Melkkühe der Stadt sein sollen, hilft nur Haushaltsdisziplin und die Konzentration auf die wirklich notwendigen Dinge, statt jedem Dezernenten seine Steckenpferde zu finanzieren. Der Umbau des Volkshauses in ein Kongresszentrum ist so eine fixe Idee. Wir tun das, weil Weimar auch ein Kongresszentrum hat. Damit es sich ganz bestimmt nicht rechnet, wird parallel im Stadion Tagungskapazität geschaffen. An solchen Stellen muss gespart werden.

Auf der anderen Seite ist eine Erhöhung der Steuereinnahmen eine gute Idee. Die Erweiterung von Zeiss ist dafür ein wichtiges Projekt, das die Stadt bestmöglich unterstützen sollte.